

Motivation

Vielfach wird über eine „Ökonomisierung“ von gesellschaftlichen Bereichen geklagt, die nach allgemeinem Verständnis primär nicht-ökonomischen Zielsetzungen dienen sollen. Dazu gehört insbesondere das Bildungssystem, das als wesentliche Voraussetzung der vollen Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit gilt. Dem Naturwissenschaftler und Politiker Benjamin Franklin wird der Ausspruch zugeschrieben, eine Investition in Wissen bringe die besten Zinsen. Es stellt sich einerseits die Frage, ob die wirtschaftlichen Beschränkungen und finanziellen Knappheiten, denen das Bildungs- und Ausbildungssystem unterliegt, zu einer kulturellen Verarmung führen, andererseits ist – wie bei jedem kostenintensiven Bereich – zu überlegen, wie die beträchtlichen Investitionen in dieses System bestmöglich verwendet werden können. Auf der Tagung sollen Ergebnisse der dafür einschlägigen Wissenschaft, der Bildungsökonomik, diskutiert und mit den Erfahrungen, Erfordernissen, Zielen und Maßnahmen der österreichischen Bildungspolitik konfrontiert und für diese nutzbar gemacht werden.

Bildungsökonomik: theoretische Konzepte, empirische Ergebnisse, politische Konsequenzen

Im Eröffnungsreferat sollen die wichtigsten theoretischen Ansätze und empirischen Ergebnisse wirtschaftswissenschaftlicher Forschung für ein Publikum dargestellt werden, das großteils aus Nicht-Ökonomen besteht, aber mit ökonomischen Problemen des tertiären Bildungssektors im Allgemeinen und der Universitäten im Besonderen in ihrer Berufspraxis als leitende Entscheidungsträger in diesem Bereich laufend konfrontiert ist. Wie lassen sich die Kosten und die Nutzen oder Erträge der Universitäten für einzelne Bevölkerungsgruppen und die Gesamtgesellschaft bestimmen und was sind die Konsequenzen solcher Untersuchungen für die Bildungspolitik?

Synergien durch Kooperationen und Verbünde zwischen Hochschulen?

Der dänische Hochschulraum / Die Niedersächsische Technische Hochschule

Hochschulen führen keine isolierte Existenz. Sie stehen im internationalen und nationalen Wettbewerb und sie kooperieren miteinander. Hochschulräume umfassen verschiedene Formen von Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen) und Hochschulen mit unterschiedlichen Profilen, zum Teil aber auch mit parallelen Angeboten. Von oben aufoktroierte Zusammenlegungen von Universitäten sind in der Regel gescheitert. Die Hochschulpolitik sollte jedoch Anreize setzen, und den einzelnen Hochschulen muss es ein Anliegen sein, zu vernünftigen Formen der Kooperation zu finden – möglicherweise auch mit dem Ziel einer Zusammenführung. Dazu gibt es Beispiele aus dem europäischen Umfeld, die Anstoß und Anregung für die österreichische Diskussion sein können.

Der gesellschaftliche Nutzen der Universität

Wie andere Bildungseinrichtungen, die primär vom Staat finanziert werden, müssen sich auch Universitäten fragen lassen, ob sie über die individuelle Rendite ihrer Absolventen hinaus einen gesellschaftlichen Nutzen generieren. Dieser kann langfristig in höherem Wirtschaftswachstum infolge der Förderung technologischer Neuentwicklungen und anderer Forschungsergebnisse, kurz- und mittelfristig in der von ihnen (direkt oder indirekt) verursachten Wertschöpfung bestehen. Von solchen ökonomischen Wertschöpfungseffekten abgesehen, stellt ich die Frage nach einem darüber hinausgehenden „Nutzen“ der Universitäten als Stätten einer akademischen Bildung.

Finanzierungsmodelle für Universitäten

Weltweit überwiegen Bildungseinrichtungen des tertiären Sektors, die zumindest mehrheitlich vom Staat finanziert werden. Allerdings ist das Verhältnis von staatlichen zu privaten Finanzierungsquellen international und auch innerhalb der einzelnen Länder sehr unterschiedlich. Was lässt sich aus einem Vergleich der verschiedenen Finanzierungsmodelle für die Lage der österreichischen Universitäten gewinnen? Zu fragen ist insbesondere, ob und wie der relativ geringe Anteil privater Finanzierung in Österreich gesteigert werden soll, welche Rolle der Finanzierung der universitären Forschung durch Unternehmen und der universitären Lehre durch Beteiligung der Studierenden zukommen soll und welche Auswirkungen unterschiedliche Modelle des Zusammenwirkens privater und staatlicher Financiers auf die Ergebnisse von Lehre und Forschung haben.

Studienplatzfinanzierung: Was ist zu erwarten?

Nach langer Diskussion über die Wünschbarkeit oder Notwendigkeit einer Studienplatzfinanzierung hat die österreichische Bundesregierung in ihrer Klausur im November 2012 Beschlüsse über die Festlegung von Kapazitäten in stark nachgefragten Studienfächern mit der Möglichkeit von Zugangsbeschränkungen sowie über die Grundzüge eines Studienplatzfinanzierungssystems gefasst. In den kommenden Monaten und Jahren werden nicht nur diese Beschlüsse zu implementieren und zu evaluieren sein; es empfiehlt sich vielmehr auch, ein für den gesamte Bereich der tertiären Bildung wirksames Konzept der Allokation der Studier- und Bildungswilligen auf die verschiedenen Studienfächer und die sie vermittelnden Institutionen zu entwickeln. In dem Referat sollen, ausgehend von den bereits beschlossenen Eckpunkten, die nächsten Schritte auf diesem Weg aus der Sicht des Wissenschaftsministeriums dargestellt werden.

Universitätsfinanzierung in der Praxis: Probleme und Veränderungsbedarfe

In der abschließenden Podiumsdiskussion sollen aus der Sicht verschiedener Universitäten die jeweils dringendsten Probleme der Universitätsfinanzierung erörtert werden. Dabei sollen einerseits die in den vorangegangenen Referaten behandelten Fragen wieder aufgegriffen und mit den praktischen Bedürfnissen von Universitätsleitungen und -verwaltungen konfrontiert werden, andererseits sollen auch Fragen gestellt und Lösungsansätze vorgeschlagen werden, die in der Praxis aufgetreten sind und verallgemeinerbare Erkenntnisse liefern können. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die unterschiedlichen Bedürfnisse „großer“ gegenüber „kleinen“, spezialisierter gegenüber „allgemeinen“ sowie regionaler Universitäten gegenüber solchen in der Bundeshauptstadt zu legen.

ÖFG 3/2013